



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

7/8

Juli/August 2013 / 47. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Angeschlagen im Abseits?

**Warum wir jeden
in der Polizei
brauchen**

Seite 10 <

DPoIG im Gespräch
mit der AG der
Gesamt- und Haupt-
schwerbehindertenver-
tretungen der Polizei

Seite 20 <

Fachteil:

- Blitzmarathon 4.0
- Rauchende Polizisten
- Der Pfälzer als Zeuge



Angeschlagen im Abseits?

von Rainer Wendt, Bundesvorsitzender

Nicht jeder von uns hat die Möglichkeit, schon in jungen Jahren nicht mehr im Schichtdienst, an unzähligen wechselnden Einsatzorten und unter schwersten körperlichen wie psychischen Bedingungen Dienst versehen zu müssen. Viele müssen auch nach Jahrzehnten noch immer rund um die Uhr präsent und leistungsfähig sein. Darunter leidet nicht nur das Familienleben, sondern auch und vor allem die Gesundheit.

Die Krankheitszahlen steigen mit zunehmender demografischer Belastung an, dem Druck standzuhalten ist immer schwerer, zumal kaum Besserung in Sicht ist, im Gegenteil. Vieles spricht dafür, dass noch erheblich mehr Kolleginnen und Kollegen künftig krankheitsbedingt ausfallen.

Natürlich müssen die Haushaltspolitiker endlich dafür sorgen, dass mehr junge Kräfte rasch eingestellt und gründlich ausgebildet werden, aber selbst wenn dies jetzt beschlossen würde – die Lage wird eher noch schlimmer – könnten uns diese Neuen doch erst in einigen Jahren wirksam entlasten. Außerdem müssen wir stets darauf achten, zusätzliche Neueinstellungen nicht durch Einbußen bei aktuellen Gehältern und Pensionen „selbst zu bezahlen“.

Dies ist eigentlich die Stunde des Dienstherrn und der klugen Vorgesetzten. Sie sind es, die im Umgang mit eingeschränkt dienstfähigen Kolleginnen und Kollegen fürsorglich, verantwortungsbewusst und menschlich umgehen müssen und deren Potentiale nicht aus kurzfristigen Motiven verschleudern dürfen. Es gibt durchaus vorbildliche

Beispiele dafür, dass mit Hilfe umsichtiger Eingliederungsmaßnahmen die Weiterbeschäftigung auch derjenigen gelingt, die nicht mehr alle Funktionen rund um die Uhr ausfüllen können.

Leider gibt es auch andere Beispiele. „Untersuchungen der Polizeidienstunfähigkeit sind auch Personalentwicklung – und zwar raus aus der Polizei!“ so die zynische Aussage eines hohen Verantwortungsträgers, der in seinem Land für eine Vervielfachung der PDU-Verfahren sorgte und sorgt. Hunderte Kolleginnen und Kollegen werden in existenzielle Ängste versetzt, der Polizeiarzt nicht als Hilfe, sondern als Bedrohung wahrgenommen.

Die PDV 300 hilft auch in der neuen Fassung nicht weiter. Weder Rechtssicherheit, noch Einheitlichkeit oder Schutz vor Willkür sind durch die offenen Formulierungen gesichert. Und



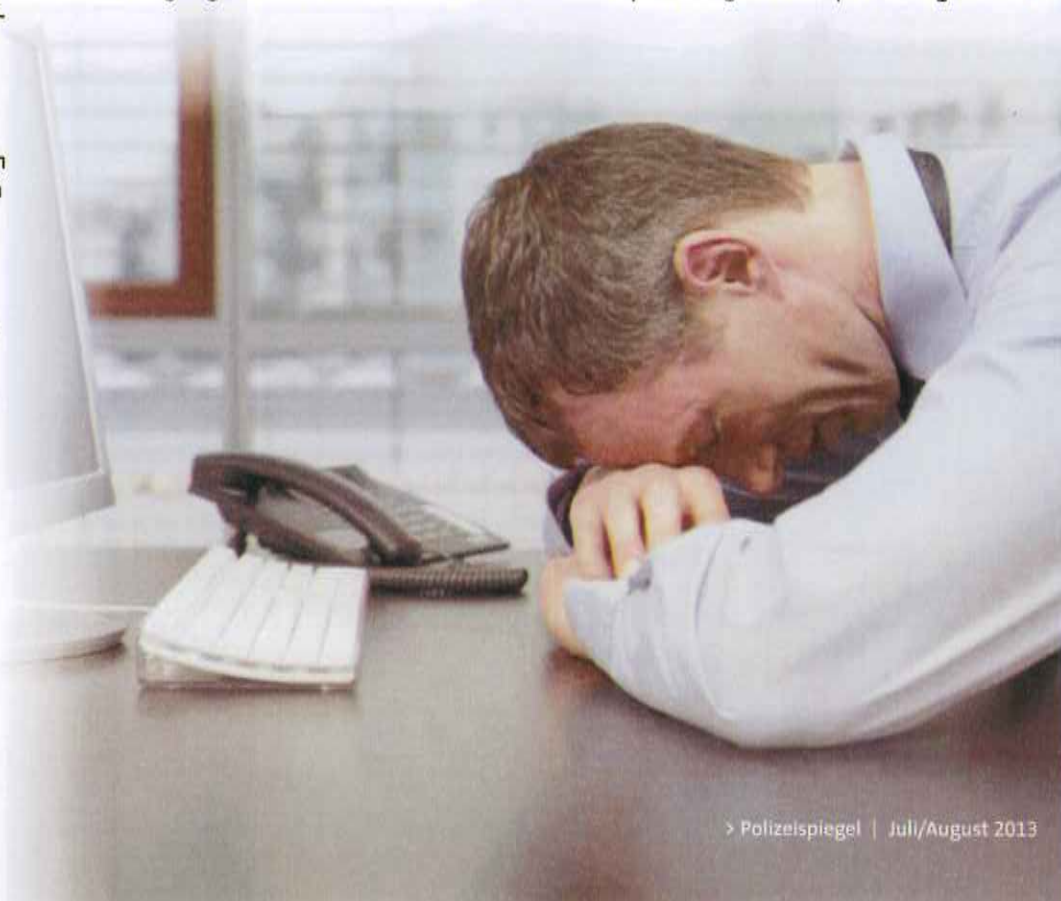
> Rainer Wendt

sogar Vorgesetzte beteiligen sich zuweilen daran, Kollegen zu disziplinieren, indem sie sie mit „kaputt schreiben“ bedrohen. Das ist völlig daneben. Die Polizei muss lernen, dass auch diejenigen zu ihr gehören, die sich in jahrzehntelanger Pflichterfüllung aufgerieben haben und jetzt nicht mehr über Zäune und Dächer sprin-

gen können. Sie haben einen Anspruch auf Beschäftigung und Zukunft – in der Polizei!

Deshalb muss die Innenministerkonferenz nacharbeiten und bundesweit für Rechts- und Verfahrenssicherheit sorgen. Und diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die als Schwerbehindertenvertretungen mit ihrem Spezialwissen wertvolle Beratungs- und Unterstützungsarbeit in den Dienststellen leisten können, müssen in ihrer Position gestärkt und ernst genommen werden, damit sie ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen können. Sie tun dies übrigens nicht als Konkurrenz zu Gewerkschaften oder Personalräten, sondern in eigener Zuständigkeit und mit wertvoller Expertise.

Die Humanität eines Landes erkennt man daran, wie es mit den Älteren in der Gesellschaft umgeht. Die Polizei sollte mit gutem Beispiel vorangehen. ■



Auch gesundheitlich eingeschränkte Polizisten verdienen einen anständigen Umgang

DPolG-Bundesvorsitzender und Vorstand der AGSV Polizei Bund/Länder trafen sich in Berlin

Am 5. Juni 2013 trafen sich in Berlin der DPolG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt und der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Haupt- und Gesamtschwerbehindertenvertretungen der Polizei des Bundes und der Länder (AGSV) zu einem Gespräch. Die Vorsitzende der AGSV Petra Müller (Hauptschwerbehindertenvertretung Polizei Thüringen) zeigte sich erfreut, dass es relativ kurzfristig zu diesem Termin kommen konnte. So konnten auch ihr Stellvertreter Rainer Ritter (GSBV Polizei Berlin) und die weiteren Vorstandsmitglieder Björn Meißner (HSBV Polizei Niedersachsen), Claus Dörfelt (HSBV Polizei Brandenburg) und Erika Ullmann-Biller (HSBV Polizei NRW) an dem Gespräch teilnehmen. Vonseiten der DPolG nahmen die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Werner Kasel und Ralf Kusterer sowie von der Fachkommission Behindertenangelegenheiten Frank Richter und Nicole Liebig teil.

Die Vertreter der AGSV stellten dem Bundesvorsitzenden einleitend die derzeitige Situation bei der Einführung und Umsetzung der neuen PDV 300 (ärztliche Beurteilung der Polizeidiensttauglichkeit und der Polizeidienstfähigkeit) dar. In den einzelnen Bundesländern wird das sehr unterschiedlich gehandhabt. So konnte Björn Meißner berichten, dass in Niedersachsen aus seiner Sicht positiv mit der Situation umgegangen wird. Erika Ullmann-Biller hingegen sagte, dass man das von Nordrhein-Westfalen nicht behaupten kann. Hier



Am 5. Juni fand in Berlin ein Gespräch zwischen dem DPolG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt und dem Vorstand der AG der Haupt- und Gesamtschwerbehinderten der Polizei Bund/Länder in Berlin statt.

wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die das Ziel hat, polizeidienstunfähige Kolleginnen und Kollegen vorzeitig zur Ruhe zu setzen, um dafür Personalerersatz zu schaffen. Dabei geht es vorrangig gar nicht um diejenigen, die bereits seit längerer Zeit zu Hause sind, sondern um diejenigen, die täglich trotz ihrer gesundheitlichen Einschränkungen Dienst verrichten. „Das ist diskriminierend und unanständig“, waren sich alle einig. Rainer Wendt sagte zu, diese Situation mit dem Innenminister aus NRW, Ralf Jäger, zu besprechen. Dieser wird auch als nächster Vorsitzender der Innenministerkonferenz agieren. Insofern macht es doppelt Sinn, ihn aufzufordern, sich für eine einheitliche Umsetzung der PDV 300 auf einem vernünftigen Niveau einzusetzen.

Betriebliches Eingliederungsmanagement

Ein weiteres Thema, das besprochen wurde, war die immer wieder auftretende Verknüpfung von Verfahren des Betrieblichen Eingliederungs-

managements mit Verfahren der Feststellung der Polizei- und allgemeinen Dienstunfähigkeit. Das BEM ist gesetzlich im Sozialgesetzbuch IX verankert und dient einzig und allein der Wiedereingliederung von längerfristig erkrankten Mitarbeitern in den Dienstbetrieb. In einigen Bereichen kommt es jedoch immer wieder vor, dass unter Umgehung des Datenschutzes Angaben zu gesundheitlichen Einschränkungen genutzt werden, um Betroffene vorzeitig zur Ruhe zu setzen. Das ist nicht nur datenschutzrechtlich bedenklich, sondern auch ein Gesetzesverstoß.

Die Probleme im Umgang mit diesen Themen treten häufig aufgrund von Unwissenheit und Unsicherheit bei Führungskräften auf. Deswegen setzt sich die Arbeitsgemeinschaft schon seit einiger Zeit dafür ein, solche Themen in die Lehrpläne aufzunehmen. Rainer Ritter berichtete von zahlreichen Gesprächen mit dem Leitungspersonal an der Hochschule der Polizei in Hiltrup und anderen

Polizei Hochschulen. Aus Sicht der Schwerbehindertenvertreter müssen bereits hier die Grundlagen für einen vernünftigen Umgang mit Mitarbeitern mit gesundheitlichen Einschränkungen geschaffen werden. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels müssen zielführende Lösungsansätze auf den Tisch. Hier ist auch die Hochschule der Polizei gefragt.

Rainer Wendt sagte zu, die Kolleginnen und Kollegen der AGSV tatkräftig zu unterstützen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft wird zukünftig die Arbeitsgemeinschaft auch intensiver bei Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsvorhaben einbinden. Die Fachkommission Behindertenangelegenheiten wird, wie auch bisher, als Bindeglied zwischen der Bundesleitung der DPolG und den Schwerbehindertenvertretungen in der Polizei agieren. Das Gespräch verlief in einer sehr freundschaftlichen und konstruktiven Atmosphäre. Zukünftig sollen regelmäßige Meinungsaustausche zwischen der AGSV und der DPolG stattfinden.